

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe
Grundlagen und Leitbild

Stellungnahme zu den Grundsätzen des Leitbildes

von Prof. Dr. Bruno Thomauske

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. /AG4-11</p>

Stellungnahme zu den Grundsätzen des Leitbildes

Zu den Grundsätzen des Leitbildes habe ich insbesondere zu den folgenden Punkten Anmerkungen:

1. **Zu 4.:**

Wie die überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages bekennt sich auch die Kommission zum gesetzlich verankerten Ausstieg aus der Kernenergie

Es bleibt unklar, was mit dem Begriff „bekennen“ gemeint ist. Sollte er verstanden werden als Ausgangspunkt, dass die Kommission auf der Grundlage des gesetzlich verankerten Kernenergieausstiegs ihre Empfehlungen erarbeitet, kann ich dies mittragen.

Sollte damit gemeint sein, dass die Mitglieder der Kommission sich darauf verpflichten, den gesetzlich verankerten Kernenergieausstieg als richtig und notwendig zu akzeptieren, geht es über das hinaus, was ich bereit bin mitzutragen. Eine solche inhaltliche Verpflichtung war nicht Grundlage für die Mitarbeit in der Kommission.

Insofern empfehle ich dringend, diesen Satz nicht als Gesinnungsfestlegung einzuführen sondern ihn in Richtung der ersten Alternative zu konkretisieren.

2. **Zu 5.:**

Die Kommission bekräftigt, dass es zu einer nationalen Lagerung für die im Inland verursachten Atomabfälle kommen muss. Das Prinzip der nationalen Verantwortung ist eine zentrale Grundlage der Empfehlungen.

Europarechtlich gibt es die Möglichkeit, dass sich Länder zu einer gemeinsamen Lagerung der Abfälle verständigen können. Grundlage hierfür sind dann allerdings völkerrechtlich bindende Verträge.

Insofern ist eine solche Möglichkeit nicht generell ausgeschlossen. Allerdings wird dies auf der Grundlage der Abfallmenge für Deutschland keine Option sein. Deshalb würde ich aber gleichwohl empfehlen, den Grundsatz wie folgt zu modifizieren:

„Die Kommission bekräftigt das Prinzip einer nationalen Lagerung für die in Deutschland verursachten Atomabfälle“.

3. **Zu 7.:**

Das empfohlene Auswahlverfahren muss eine breite Zustimmung in der Gesellschaft finden.

Dieser Satz liest sich so, als ob die Gesellschaft in breiter Mehrheit die Empfehlungen der Kommission mitzutragen hat. Dies ist aber sicher so nicht gemeint. Gemeint ist wohl, dass es für die Tragfähigkeit des Auswahlprozesses eine breite Zustimmung der Bevölkerung Voraussetzung ist.

Wenn dies gemeint ist, stellt sich die Frage, wie die Kommission diese breite Zustimmung misst. Ich empfehle, diesen Grundsatz wie folgt abzuändern:

Die Kommission strebt eine breite Zustimmung der Gesellschaft für das empfohlene Auswahlverfahren an.